

Frankenberger Tageblatt

Begründet 1842.

Bezirks-Anzeiger

65. Jahrgang.

Amtsblatt für die Königliche Amtshauptmannschaft Flöha, das Königliche Amtsgericht und den Stadtrat zu Frankenberg i. Sa.

Verantwortlicher Redakteur: Ernst Rossberg in Frankenberg i. Sa. — Druck und Verlag von C. G. Rossberg in Frankenberg i. Sa.

Erst die Mittel, dann die Schiffe!
 Das Reichsmarineamt soll sich entschlossen haben, beim Reichstag eine Verkürzung des Lebensalters der Schiffe zu beantragen, und zwar soll das Dienstalter der Linienschiffe von 25 auf 20 und das der Kreuzer von 20 auf 15 Jahre herabgesetzt werden. Nach dem in der Flottennovelle von 1906 aufgestellten Schiffbauplan von 1906—1917 sollen in diesen 12 Jahren gebaut werden 18 Linienschiffe (1 an der Vollzahl von 28 schlechtes und 17 Erfolgsschiffen), 18 große Kreuzer (7 Erfolgsschiffen und 6 Vermehrungsschiffen) und 24 kleine Kreuzer (1 noch ausstehender des Flottengesetzes von 1899 und 28 Erfolgsschiffen). Wird die geplante Herabsetzung des Lebensalters der Schiffe Geley, so wären dagegen von 1906—1917 zu bauen: 20 Linienschiffe, 16 große Kreuzer und 28 kleine Kreuzer. Der Gewinn der 12 Jahre, wird erklärt, betrage 2 Linienschiffe, 3 Panzerkreuzer und 4 kleine Kreuzer. Das sei durchaus nicht viel und schaffe für die nächsten 5—6 Jahre nur einen sehr mäßigen Gewinn heran, sodass für den großen Aufwand des Flottenvorstandes an Mühe und Zeit eigentlich recht wenig erreicht sei. Gewiss, es ist ja ein Unterschied, ob wir im Jahre 1920 — dann sind erst die im Jahre 1917 auf Stapel gelegten Boote verwendungsfähig — 20 Linienschiffe von 18000 Tonnen und 16 Panzerkreuzer von 15000 Tonnen haben, aber deren nur 18 bzw. 18, die 5 Schiffe mehr machen schon etwas aus. Auch wir meinen, dass die 14 bzw. 15 Jahre bis Ende 1920 eine sehr lange Zeit sind, und dass uns 1918 nichts nützt, was wir erst 1921 haben werden. In den nächsten Jahren müsse man schneller bauen, wenn man mit unserer Flotte vorwärts kommen will. 2 Linienschiffe, 3 Panzerkreuzer und 4 kleine Kreuzer in den nächsten 12 Jahren mehr bedeuten als eine Wehrausgabe von 181 Millionen Mark. Woher nun die Kosten nehmen, solange das Geld knapp ist?

Für die Weiterentwicklung der Reichsmarine kann erst gewillt werden nach Erledigung der Reichsfinanzreformfrage. Die Reichsregierung muss erst die geforderten Milliarden haben, ehe an die Flottenfrage gedacht werden kann. Zunächst müssen wir Geld haben; dann erst kann man mit größter Energie für beschleunigte Flottenbau eintreten. Jetzt macht die Opposition bei neuen Flottenforderungen das Land wild durch den Hinweis, dass neue Schulden gemacht würden für die Flotte, doch aber für Kulturfürze keine Mittel da wären. Erst die Finanzreform, ohne Finanzreform keine erfolgreiche Arbeit im Interesse der Flotte! Gerade diesen Gesichtspunkt haben die Schwärmerei im deutschen Flottenvorstand bei Einleitung der Agitation für vermehrten bzw. beschleunigten Bau von Schiffen außer Acht gelassen. Und das ist der größte Fehler, den der Flottenvorstand machen konnte, um seiner ganz gewiss von besten Grundlagen aus geleiteten Agitation die Kraft zu nehmen. Die Regierungsvorlage, die so viele Verbündete fand, bewegte sich in beschleunigtem Rahmen. Man wusste eben im Reichsmarineamt recht gut, warum man nur das forderte, was unbedingt nötig war zur Sicherung des Friedens. Was will man mit Forderungen anfangen, wenn keine Mittel vorhanden sind, um sie einzufüllen zu können?

Das Majorat.

Roman von Ewald August König.

(28. Fortsetzung.) (Fortsetzung)
 Der Bankier hatte sein Glas noch immer zum Anstoßen gehalten, aber da der Baron deutlich zeigte, dass er keine Notiz davon nehmen wollte, trank er aus, und er stellte es so bestig auf den Tisch, dass es klickte.

"Antragen?" erwiderte er. "Ich habe keine entdeckt, wir waren alle leichtfertige Fliegen, und an die Katastrophe, die der Geschichte so plötzlich ein Ende machte, dachte niemand. Sie griffen Schmidtlein an, Sie beschuldigten ihn, er würde mit gesäuberten Karton —"

"Und dass diese Beschuldigung begründet war, wissen Sie! Wer räumte mit dem Verdacht ins Objekt? Wer gab mir die Waffe in die Hand?" Sie! Mit den Faust hätte ich den Schurken niedergeschlagen, aber auch dazu würde es nicht gekommen sein, wenn die, welche sich meine Freunde nannten, mir treu geblieben wären! Aber wie konnte ich Treue von denen erwarten, die erkauft waren, um mich zu verderben?"

"Sie sind exibiert, Baron." "Schweigen Sie!" fuhr Dagobert auf. "Ich an Ihrer Stelle würde nicht gewagt haben, dem Manne noch einmal gegenüber zu treten, den ich so schmälerlich verriet! Nachdem Schmidtlein mir darüber alles gebeichtet hat, können Sie die Waffe der Freundschaft nicht mehr vorbinden, nicht noch einmal mich betrügen."

Der Bankier ließ das Vorzorn von der Nase fallen, ein böser, hässlicher Zug umzwickte seine Mundwinkel, er erkannte jetzt, dass dieser Verlust belohnt worden war.

"Sie werden beleidigt, ohne einen Grund dazu zu haben", sagte er. "Was Schmidtlein Ihnen gesagt hat, wohl ich natürlich nicht, aber es sieht ihm ähnlich, doch er alle Schuld von sich abwälzte, um sie andern in die Schuhe zu schieben. Wenn Sie einem Schurken Glauben schenken wollen, so ist das freilich Ihre Sache."

"Genug!" unterbrach Dagobert ihn. "Sie verstehen mich, Sie wissen sehr genau, was ich mit jenen Wörtern sagen will."

"Ganz und gar nicht, Herr Baron."

"Wus ich es Ihnen noch deutlicher sagen? Sie übernahmen

Ankündigungen sind rechtzeitig anzugeben, und zwar größeres Intervalle bis 9 Uhr vormittags, kleinere bis spätestens 11 Uhr mittags des jeweiligen Ausgabetages.

Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmter Stelle kann eine Garantie nicht übernommen werden.

■ ■ ■ Telegramme: Tagblatt Frankenbergerach.

Anzeigenpreis: Die 5-g. Beiträge oder deren Raum 15 h, bei Postal-Anzeigen 12 h; im amtlichen Teil pro Zeile 40 h; Einzelanzeige im Abdrucksteil 30 h. Für schwieriger und kostbarer Sachaufschluss, für Wiederholungsabdruck Erhöhung nach feststehendem Tarif. Für Nachweis und Offerten-Annahme werden 25 h Extragebühr berechnet.

Interraten-Annahme: auch durch alle deutschen Annoncen-Expeditionen.

Bom Reichstag.

36. Sitzung am 7. Februar 1906.

Die Sozialdemokraten haben einen Antrag eingebracht, der für alle Bundesstaaten und für das Reichsland eine aus dem allgemeinen gleichen und unmittelbaren Wahlrecht hervorgegangene Volksvertretung verlangt. Bernstein wird ins Treffen geschickt, diesen Antrag zu begründen und seinen Hörern die Schlechtigkeit der Welt zu Gemüte zu führen. Durch Bernstein Rede war der hanseatische Behannte Rügmann so gereizt, dass er eine — im Verhältnis zu seinem sonst sehr ruhigen Temperament — recht erregte Rede hielt, von Freiheit des Schimpfens sprach und auf die äußersten Linken einen Hetzenabfall von Zwischenrufen und unartikulierten Lauten herwies. Graf Hompesch erklärte den Reichstag für inkompotent in der Frage; sollte der Bundesrat die Zuständigkeit des Reichs erweitern wollen, so hätte das Zentrum nichts dagegen. v. Roermann hielt den Reichstag nicht für kompetent, ebenso Bassemann, der aber das Wahlrecht in vielen Bundesstaaten für reformbedürftig erklärte. So wurde also auch dieser Tag, was vorauszusehen war, mit zwecklosen Reden hingedeckt.

Zur Beratung steht der von der sozialdemokratischen Fraktion am 2. Dezember 1905 eingebrachte Gesetzentwurf, durch welchen dem Artikel 3 der Verfassung des Deutschen Reichs folgender Zusatz eingefügt werden soll:

"In jedem Bundesstaat und in Elsass-Lothringen muss eine auf Grund des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts gewählte Vertretung bestehen. Das Recht zu wählen und gewählt zu werden, haben alle über 20 Jahre alten Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts in dem Bundesstaate, in dem sie ihren Wohnsitz haben. Die Zustimmung dieser Vertretung ist zu jedem Landesgesetz und zur Feststellung des Staatshaushaltsetats erforderlich."

Bernstein (Soz.) begründet den Antrag und geht dabei auf die Verhältnisse in den Einzelstaaten ein, zunächst in Sachsen, Lübeck, Hamburg, Preußen habe, von Waldeck und Braunschweig abgesehen, das schlechteste Wahlrecht in Deutschland. Redner geht dann auf die sozialdemokratischen Wahlrechtsdemonstrationen und auf die russische Revolution ein, die eine Notwendigkeit für das russische Volk geworden sei.

Der hanseatische Bundesstaatsberollmächtigte Rügmann protestiert entschieden, fortwährend von den Sozialdemokraten durch lärmische Jurufe, Gelächter und Spottkriege unterbrochen, gegen Bekämpfungen, die Bernstein gegen die Hansestädte vorgebracht habe. Bernstein übernehme auf seine Partei die Brutalitäten, die in Homburg vorgekommen seien. Darüber zu urteilen, ob das Vorgehen der Homburger Behörden richtig war, habe der Reichstag kein Recht. In der Lübecker Bürgerschaft lamen erst die Sozialdemokraten infolge des Wahlrechts, das Bernstein verurteilte.

Hompesch (Zent.) verliest eine Erklärung, die besagt, die Gestaltung des Wahlrechts in den Einzelstaaten gehört zu der Zuständigkeit der letzteren. Der Reichstag könne nicht die Initiativ

tive ergreifen. Wenn aber der Bundesrat einen bezüglichen Gesetzentwurf vorlegt, dann werde ihm das Zentrum zustimmen.

v. Normann (Cons.) erklärt, die Konservativen bestreiten die Zuständigkeit des Reichs und lehnen daher den Antrag ab.

Bassemann (noll.) erklärt, auch die Nationalliberalen lehnen den Antrag ab. Das Wahlrecht sei in vielen Einzelstaaten reformbedürftig, aber das Reich sei nicht zuständig.

Teagger (fr. W.) meint, das Reich sei in der vorliegenden Frage doch kompetent. Seine Partei sei immer für die Ausgestaltung des Wahlrechts in den Einzelstaaten eingetreten.

Graf Posadowsky: Ich glaube, Bismarck, der das allgemeine Wahlrecht in Frankreich kennen gelernt, hat bei dessen Anwendung auf das deutsche Volk einen Rechtfehler gemacht. Bismarck hoffte, die Demokratie dauernd überwunden zu haben, und glaubte, dass, wie in Frankreich, die Volksvertretung unter allen Umständen die notwendigen Mittel für die Landesverteidigung bewilligen würde. Ich habe selbst mit Fürst Hohenlohe zusammen mit unseren Vertretern in der dritten Klasse gewählt und habe mich dabei nicht im mindesten degradiert gefühlt. (Widerstreit links.) Freilich liegt eine gewisse Differenz in der Besiedeltheit des preußischen und des Reichswohlrechts. Dass jemals die äußerste Linke eine Reichstagssitzung erlangen könnte, glaube ich nicht.

Arendt (Ap.) lehnt den Antrag der Sozialdemokraten ab. Verwunderlich sei, dass Graf Posadowsky zu diesem Initiative antrag das Wort ergriffen habe.

Graf Posadowsky entgegnet, die Reichsregierung hätte am gesicht der sozialdemokratischen Agitation ein dringendes Interesse, sich zu äußern. Im übrigen lasse sie sich nicht vorschreiben, wann sie das Wort zu nehmen habe.

Diefenbach (El.) spricht sich gegen das Wahlrecht der Frauen und gegen die Herabsetzung der Wahlberechtigung auf das 20. Lebensjahr aus.

Darauf verzogt sich das Haus auf Donnerstag. Fortsetzung der Staatsdebatte.

** Berlin. Die Budgetkommission des Reichstages begann die Beratung des Gesetzes für Ostpreußen. Im Laufe der Debatte bemerkte Scheinhardt Seitz, der durch den Aufstand in Österreich entstandene Schaden sei auf 150 000 M. geschätzt worden und werde sich wohl schließlich noch höher stellen. falls der Ertrag dieses Schadens nicht von Eingeübten gefordert werden könnte, werde die Regierung seinerzeit an den Reichstag herantreten.

Bom Landtag.

z. Die Erste Kammer überwies in ihrer gestrigen 23. öffentlichen Sitzung die Petition der "Armen Vereinigung Kampfgenossen von 1870/71" um Staatsneuerlass für diejenigen Veteranen, deren Einkommen 1200 Mark jährlich nicht übersteigt, der Königl. Staatsregierung zur Erwähnung. Die Petitionen des Bauunternehmers May, Schlingemann in Bremen um Änderung des § 15 des Entommensteuergesetzes, des Bürgervereins und des Versetzesvereins zu Röthen um Verlegung einer städtischen Anfahrt nach Röthen, und des Moritz Ziel in Dresden um Zurückstellung einer Faktion von 8000 Mark ließ das Haus auf Antrag

"Ich habe dasselbe Recht, wie Sie, hier zu wenden" erwiderte der Bankier, „aber als friedliebender Mann weicht ich dem Poltron, ich hoffe, wir werden uns an einem anderen Orte noch einmal begegnen."

Dann verließ er das Gemach, ohne Dagobert eines Abschiedsgrußes zu würdigen.

Gewaltig tobte der Hof in der Szene Eduards, so erbärmlich und ungelenkt war ihm noch nie die Wahrheit gefangen worden.

Er hatte nicht erwartet, dass Baron Dagobert in seine Intrigen eingeweiht sein würde, und darum geglaubt, sich auf die frühere Freundschaft berufen zu dürfen; ihm war die Wiederanfnahme der damaligen Verhältnisse so leicht erschienen, und nun musste er diese schweren Erfahrungen machen!

Das Wort Schurke war ihm ins Gesicht geschleudert worden, die größten Bekleidungen hatte er sich gefallen lassen müssen, jetzt ärgerte es ihn, dass er nicht energischer dagegen aufgetreten war.

Nur an Nachte dachte Eduard noch; niedertreten und verneinen wollte er den Mann, den er glühend hasste.

Wie aber konnte er diese Wahrheit erreichen? Vergeblich zerbrach er sich den Kopf darüber, während er den Weg zu dem Hotel, in dem er speiste, verholzte; er fand keine befriedigende Antwort auf diese Frage.

Eduard konnte nach dieser Niederlage nichts mehr unternehmen, die ihm widerfahrenen Schmach machte jeden weiteren Versuch einer Annäherung unmöglich, eine andere Person müsste für ihn in den Hof treten, die Person aber, der man volles Vertrauen schenken dürfte, war schwer zu finden.

Der Bankier hatte die Frage noch nicht gelöst, als er das Hotel erreichte; noch immer in Brüten darüber verunsichert trat er in den Speisesaal, in dem die Gäste schon mit der Suppe beschäftigt waren.

Er hatte sich kaum auf seinen Stuhl niedergelassen, als sein Blick auf einen elegant gekleideten Herrn fiel, der ihm gegenüber saß.

Strohsarbenes Haar bedeutet das schmale Haupt, strohsarben war auch der lange Bartken, der nach englischem Schnitt lang hinunterhängend, das etwas bleiche, intelligente Gesicht umrahmte. (Fortsetzung folgt.)